



Chef: Wir brauchen nicht nur Wahrheit im Wein, sondern auch auf dem Etikett

Richard Drautz: Der deutsche Weinbau braucht im Gegensatz zur EU keine Reform - „Wir fordern eine klare Unterscheidung zwischen industrieller Weinproduktion und landwirtschaftlicher Weinbereitung. Innerhalb der Europäischen Union sollen weniger Mittel für Destillationsmaßnahmen und mehr Mittel für die Verbesserung der Erfassungs- und Vermarktungsstrukturen sowie die Verbraucherinformationen eingesetzt werden.“ Dies sagte die Landtagsabgeordnete Monika Chef, Sprecherin für Weinbau der FDP/DVP-Landtagsfraktion, auf einem Kongress der Liberalen zur EU-Weinmarktordnung im Stuttgarter Landtag.

Staatssekretär Richard Drautz sagte, zentrales Ziel einer Reform der EU-Weinmarktordnung „muss die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Weinbaus gegenüber Drittländern sein“. Allerdings, so Drautz, brauche der deutsche Weinbau im Gegensatz zur EU keine Reform. „Wenn Zustimmung unsererseits gewünscht wird, dann kann dies nur geschehen, wenn keine Nachteile für den deutschen Weinbau entstehen.“ Nach den Worten von Monika Chef ist Baden-Württemberg eines der großen Weinbauländer in Deutschland. Von einer Gesamtproduktion von neun Millionen Hektoliter Wein werden im Südwesten 2,3 Millionen Hektoliter produziert. Dabei sei die Zielrichtung eine konsequente Qualitätssteigerung und Verbesserung des Wettbewerbs im internationalen Vergleich. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion kritisiert jedoch die von der EU-Kommission angestrebte Reform der EU-Weinmarktordnung. Die Kommission schlägt vor, mehr Mittel für die Rodung von Rebland zur Verfügung zu stellen, um damit Überschüsse, die hauptsächlich in den Mittelmeerländern produziert werden, zu beseitigen. „Damit wird die Situation auf dem EU-Weinmarkt keinesfalls verbessert“, sagte Chef. Es werde im Gegenteil ein System zementiert, das seit Jahren Ag-rarmittel in Millionenhöhe verschlingt. So produzierte die EU im Jahr 2005 einen Ü-berschuss von 27 Millionen Hektolitern, der zu Industrialkohol verarbeitet wurde. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion fordert nach den Worten von Chef eine grundlegende und zukunftsfähige Reform der Weinmarktordnung und eine Nachverhandlung über die Einfuhr von Weinen aus Übersee. Einer der Gründe für die massive Überproduktion ist die verzerrte Wettbewerbssituation. So hat die EU vor allem bei den Handelsverträgen mit den USA die so genannten fraktionierten Weine zugelassen. Diese werden mit Verfahren erzeugt, die in Deutschland eindeutig verboten sind – beispielsweise das Auflösen des Weins in seine Bestandteile. Versäumt wurde auch festzulegen, dass auf dem Weinetikett die fragwürdigen Verfahren zumindest beschrieben sind. „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wie der Wein, den sie erworben haben,



hergestellt ist – wir brauchen nicht nur Wahrheit im Wein, sondern auch auf dem Weinetikett“, so Chef. Der deutsche Weinbauverband habe dieses Weinabkommen zu Recht als Niederlage für die europäischen Winzer und Verbraucher bezeichnet. Die Gründe für die Weinüberschüsse seien neben den Wettbewerbsverzerrungen auch hausgemacht. Chef: „Vor allem die Weinbauregionen, die keine Qualitäts- und Marketingstrategien verfolgen und fast ausschließlich möglichst große Mengen produzieren, erzeugen enorme Überschüsse, die wiederum mit EU-Mitteln beseitigt werden. Die Beihilfen der EU zur Anreicherung des Weines mit Mostkonzentraten haben zu einer zusätzlichen Produktionsausweitung geführt.“ So biete die Kommission jetzt an, weitere 2,4 Milliarden Euro für die Rodung von 400 000 Hektar Rebland zur Verfügung zu stellen. „Wenn jetzt die EU auf die offensiven Produktions- und Vermarktungsstrategien der Weinbauregionen in Übersee mit einer Ausweitung der Zuschüsse reagiere, ist dies der falsche Weg“, so Monika Chef. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion fordert: • Weniger Bürokratie - das Weinrecht darf nicht noch komplizierter gestaltet werden als es ist. • Mehr Übertragung von Entscheidungskompetenzen von der nationalen auf die regionale Ebene. • Ziel einer Reform muss sein: Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Weinproduzenten zu verbessern, die Reputation der europäischen Qualitätsweine zu stärken und wieder Anteile auf den Weltmärkten zu gewinnen. Zu Gast auf dem Kongress der FDP/DVP-Landtagsfraktion waren neben den rund 180 Gästen aus der Weinmarktbranche auch zwei württembergische Weinköniginnen und zwei Prinzessinnen: die erste württembergische Weinkönigin Martha Knobloch, geb. Gohl und die amtierende Hohenloher Weinkönigin Katharina Bort mit den Prinzessinnen Larissa Kappeler und Lena Weibrecht. Es referierten Monika Chef, Dr. Konrad Rühl (Ministerium für Ernährung und Ländli-hen Raum), Dr. Erik Schweickert (Justus-Liebig-Universität/Forschungsanstalt Gei-senheim), Dr. Markus Klingler (Europäische Kommission), Präsident Gerhard Hurst (Badischer Weinbauernverband), Präsident Hermann Hohl (Weinbauernverband Württemberg) und Richard Drautz (Wirtschaftsministerium).